



Einfluss struktureller Veränderungen auf die Einkommensverteilung

IW-Verteilungsreport 2022

Maximilian Stockhausen

Köln, 26.11.2022

IW-Report 63/2022

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

Twitter

[@iw_koeln](https://twitter.com/iw_koeln)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](https://www.linkedin.com/company/institut-der-deutschen-wirtschaft)

Instagram

[@IW_Koeln](https://www.instagram.com/iw_koeln)

Autoren

Dr. Maximilian Stockhausen

Economist für Verteilung

stockhausen@iwkoeln.de

030 – 27877-134

**Alle Studien finden Sie unter
www.iwkoeln.de**

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

Oktober 2022

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Schwerpunktthema: Einfluss struktureller Veränderungen auf die Einkommensverteilung	5
1.1 Bildungsniveau	6
1.2 Migrationshintergrund	7
1.3 Altersstruktur.....	8
1.4 Zwischenfazit.....	9
2 Verteilungskennziffern im Zeitverlauf.....	9
2.1 Markteinkommen.....	10
2.1.1 Durchschnitt und Median	10
2.1.2 Gini-Koeffizient	11
2.2 Nettoeinkommen	12
2.2.1 Durchschnitt und Median	12
2.2.2 Dezildurchschnitte	13
2.2.3 Gini-Koeffizient	14
2.2.4 Niedrigeinkommensquote (Armutgefährdungsquote)	15
3 Fazit	16
4 Abstract.....	18
Abbildungsverzeichnis.....	19
Literaturverzeichnis	19

JEL-Klassifikation

D31 – Persönliches Einkommen, Vermögen und deren Verteilung

I32 – Analyse und Messung der Armut

Zusammenfassung

Akademisierung, Zuwanderung und demografischer Wandel sind bestimmende Themen unserer Zeit und nehmen Einfluss auf die Einkommensverteilung. Der diesjährige Verteilungsreport legt daher seinen Schwerpunkt auf die Frage, welche Veränderungen der Nettoeinkommensverteilung mit einem durchschnittlich höheren Bildungsniveau, einer erhöhten Nettozuwanderung und einem höheren Anteil älterer Mitbürger an der Gesamtbevölkerung verbunden sind. Durch Zerlegung der Einkommensungleichheit eines Jahres in Unterschiede zwischen und innerhalb spezifischer Gruppen kann gezeigt werden, dass ein besonders großer struktureller Effekt vom gestiegenen Bildungsniveau ausgeht. Allein durch Einkommensunterschiede zwischen verschiedenen Bildungsgruppen lassen sich fast 12 Prozent der gesamten Nettoeinkommensungleichheit im Jahr 2019 erklären. 1995 waren es noch 9 Prozent. Nichtsdestotrotz wird ein Großteil der Einkommensungleichheit durch Unterschiede innerhalb der jeweiligen Gruppen erklärt. Im Gegensatz dazu fallen die durch den Migrationshintergrund erklärbaren durchschnittlichen Einkommensunterschiede geringer aus und schwanken über die Zeit merklich. Zuletzt erklärten sie rund 3 Prozent der gesamten Nettoeinkommensungleichheit, während es 1995 knapp unter 2 Prozent waren. Trotz eines gestiegenen Anteils der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung zeigt sich keine eindeutige Veränderung des Erklärungsgehalts altersbedingter Einkommensunterschiede: Etwas weniger als 3 Prozent der Nettoeinkommensungleichheit im Jahr 2019 gingen auf durchschnittliche Einkommensunterschiede zwischen verschiedenen Altersgruppen zurück. In früheren Jahren lag der Erklärungsanteil zwischen 3 Prozent und 4 Prozent. Angesichts dieser Ergebnisse und in Kombination mit den Veränderungen der Nettoeinkommensungleichheit innerhalb der jeweiligen Altersgruppen könnte die Zunahme des Anteils der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung unter Fortsetzung früherer Trends und unter bestimmten Annahmen auch zukünftig einen eher dämpfenden Effekt auf die Nettoeinkommensungleichheit ausüben, da die Ungleichverteilung innerhalb dieser Gruppe zuletzt geringer ist als in jüngeren Altersgruppen. Dagegen könnten eine weiter voranschreitende Akademisierung und eine wieder zunehmende Nettozuwanderung zukünftig zu einer strukturellen Zunahme der Nettoeinkommensungleichheit führen. Sicher ist zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nur, dass sich im letzten Jahr vor Ausbruch der Corona-Pandemie noch eine Fortsetzung des positiven Wachstumstrends der Vorjahre in den Einkommen vor und nach Steuern, Abgaben und Transfers abzeichnete und das auf einem nahezu unveränderten Ungleichheitsniveau.

1 Schwerpunktthema: Einfluss struktureller Veränderungen auf die Einkommensverteilung

Seit dem Jahr 2020 befinden sich Wirtschaft und Gesellschaft in einem Ausnahmezustand. Die akuten Preissteigerungen für Lebensmittel und Energie infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine stellen dabei den vorläufigen Höhepunkt dieser krisenbehafteten Jahre dar und bedeuten insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen eine enorme finanzielle Herausforderung. Mangels aktueller Jahreseinkommensdaten aus Haushaltsbefragungen lässt sich jedoch derzeit noch nicht bestimmen, wie hoch die Kaufkraftverluste unterschiedlicher Haushaltstypen tatsächlich ausfallen, und welche Verteilungseffekte die multiplen Krisen letztlich haben werden. Denn höheren Belastungen stehen Veränderungen auf der Einkommenseite gegenüber, beispielsweise höhere Lohnabschlüsse, eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro brutto pro Stunde, steuer- und abgabenfreie Einmalzahlungen im Rahmen der bisherigen Entlastungspakete sowie entlastende Veränderungen im Steuer- und Abgabenrecht. Aber auch Einkommensverluste durch Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit sind hierbei zu berücksichtigen, die die Haushalte sehr unterschiedlich treffen und/oder getroffen haben. Der diesjährige Verteilungsreport blickt daher auf langfristige strukturelle Veränderungen in der Einkommensverteilung, die sich durch ein gestiegenes durchschnittliches Bildungsniveau, eine voranschreitende Alterung der Bevölkerung und eine Zunahme des Anteils von Menschen mit einem Migrationshintergrund seit den 1990er Jahren in Deutschland ergeben haben. Diese langfristig wirkenden Faktoren werden auch in den kommenden Jahren weiterhin hohe Relevanz besitzen und die Form der Einkommensverteilung beeinflussen.

Datensatz und Methodik

Um den veränderten Einfluss der drei zentralen Faktoren Bildung, Migrationshintergrund und Alter auf die Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen zu untersuchen, wird der sogenannte Theil-Index als Maß für die Ungleichverteilung der Einkommen für ausgewählte Jahre in zwei Komponenten zerlegt: In einen Term, der die Ungleichheit innerhalb einer Gruppe misst, und in einen zweiten Term, der die Ungleichheit zwischen den Gruppen in Form von Unterschieden in der Höhe der gruppenspezifischen Durchschnittseinkommen berücksichtigt (Cowell, 2015, 161 ff.; Jenkins, 1999). Anders als der besser bekannte Gini-Koeffizient lässt sich der Theil-Index bei ansonsten ähnlichen Eigenschaften in die zwei beschriebenen Terme eindeutig zerlegen. Der Theil-Index nimmt nicht nur Werte zwischen 0 und 1 ein, sondern auch Werte außerhalb dieses Bereichs. Tendenziell zeigen aber auch hierbei höhere positive Werte einen größeren Grad an Einkommensungleichheit an und *vice versa*.

Grundlage der Verteilungsanalyse sind die jährlichen Haushaltsbefragungsdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (siehe Goebel et al. (2019) für eine detaillierte Beschreibung des Datensatzes). Das Haushaltsnettoeinkommen umfasst die Summe aller Einkünfte aus abhängiger und selbständiger Beschäftigung, Kapitaleinkommen aus Zinsen, Dividenden, Gewinnausschüttungen oder Veräußerungen, Mieteinnahmen, Renten und staatliche Transferleistungen wie beispielsweise Arbeitslosen- und Kindergeld sämtlicher Haushaltsmitglieder. Zudem wird bei Eigentümerhaushalten der monatliche Nettomietwert des selbstgenutzten Wohneigentums als zusätzlicher Einkommensbestandteil berücksichtigt. Davon abgezogen werden alle gezahlten Sozialversicherungsbeiträge und direkte Steuern wie die Einkommensteuer.

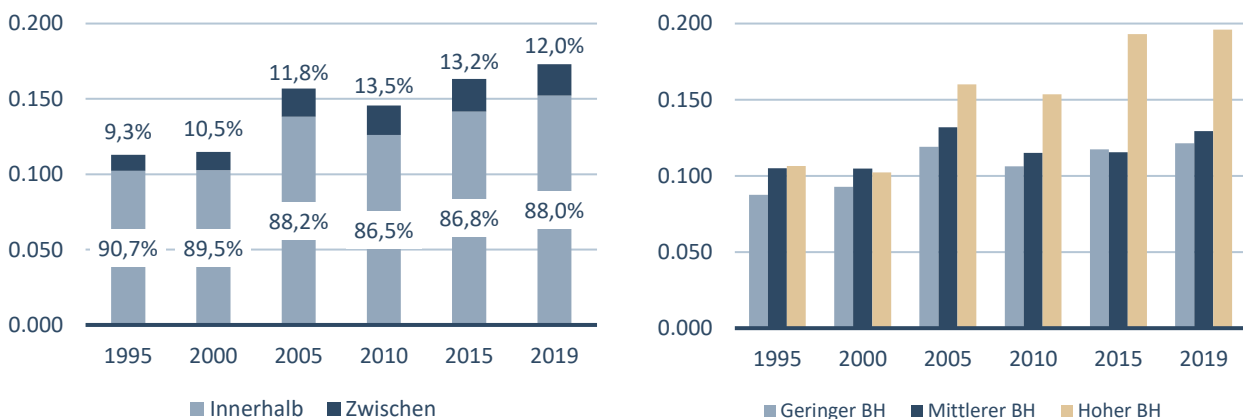
Die Haushaltseinkommen sind zudem bedarfsgewichtet, um Haushalte unterschiedlicher Größe und Struktur miteinander vergleichbar zu machen. Dadurch wird berücksichtigt, dass Kinder tendenziell weniger Geld zur Deckung ihrer grundlegenden Bedürfnisse benötigen als Erwachsene, und dass ein gemeinsames Wirtschaften niedrigere Aufwendungen pro Kopf mit sich bringt. Deshalb wird das gesamte Haushaltseinkommen durch die bedarfsgewichtete Zahl der Haushaltsmitglieder geteilt. Der erste Erwachsene erhält gemäß neuer OECD-Skala den Faktor 1, jedes weitere Haushaltsmitglied ab 14 Jahre den Faktor 0,5, Kinder unter 14 Jahren bekommen den Faktor 0,3.

1.1 Bildungsniveau

Mit dem starken Ausbau des sekundären und tertiären Bildungsbereichs hat sich das formelle Bildungsniveau und damit auch das durchschnittliche Humankapital in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland stark erhöht. Dies spiegelt sich unter anderem in der Zahl der Studienanfänger eines Jahrgangs wider: Allein zwischen den Jahren 2000 und 2019 stieg die Studienanfängerquote in Deutschland von rund 33 Prozent auf 58 Prozent (Destatis, 2022a). In Verbindung mit dem Globalisierungsschub nach Ende des Kalten Kriegs und dem stark zunehmenden technologischen Fortschritt, der die Anforderungen an das allgemeine Qualifikationsniveau im privaten und beruflichen Bereich nochmals deutlich erhöhte, haben dabei insbesondere hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer höhere Entgelte erzielen können, die sich auch in höheren Haushaltsnettoeinkommen niederschlugen. Unter anderem hat diese Entwicklung zu einer Erhöhung des Ungleichheitsniveaus zwischen Ende der 1990er und Mitte der 2000er Jahre beigetragen. Dies zeigt sich in Abbildung 1-1 insbesondere durch einen Anstieg des Theil-Index zwischen 2000 und 2005. Nach 2005 bleibt das Ungleichheitsniveau bei leichten Schwankungen hingegen weitestgehend stabil. Der Verlauf des Theil-Index ist zum Verlauf des Gini-Koeffizienten damit nahezu identisch (siehe Stockhausen/Maiworm, 2021).

Abbildung 1-1: Einkommensungleichheit nach Bildungshintergrund (BH) für ausgewählte Jahre

Theil-Index. Bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen in Preisen von 2015 (neue OECD-Skala)



Anmerkungen: Geringes Bildungsniveau = Realschule, Hauptschule, kein Abschluss oder Sonstige; mittleres Bildungsniveau = Abitur, Fachhochschulreife, abgeschlossene Lehre, Berufsfachschule; hohes Bildungsniveau = Schule des Gesundheitswesens, Fachhochschule, Universität, Technische Universität, Beamtenausbildung; zur Zerlegung wurde das STATA ado-file ineqdeco verwendet (Jenkins, 1999).

Quellen: SOEP, v37; eigene Berechnungen

Während darüber hinaus Unterschiede in den Durchschnittseinkommen nach Bildungshintergrund im Jahr 1995 noch rund 9,3 Prozent der gesamten Nettoeinkommensungleichheit erklärten, so waren es im Jahr 2019 bereits 12 Prozent (linke Grafik). Anhand des höchsten erreichten Bildungsabschlusses wird dabei zwischen einem geringen Bildungsniveau (Realschule, Hauptschule, kein Abschluss oder Sonstige), einem mittleren Bildungsniveau (Abitur, Fachhochschulreife, abgeschlossene Lehre, Berufsfachschule) und einem höheren Bildungsniveau (Schule des Gesundheitswesens, Fachhochschule, Universität, Technische Universität, Beamtenausbildung) unterschieden. Gleichzeitig zeigt die gruppenspezifische Betrachtung der Einkommensverteilung innerhalb der drei betrachteten Bildungsgruppen eine größere Zunahme der Einkommensspreizung unter den höheren Gebildeten bei ähnlichem Ausgangsniveau in den 1990er Jahren (rechte Grafik). In den

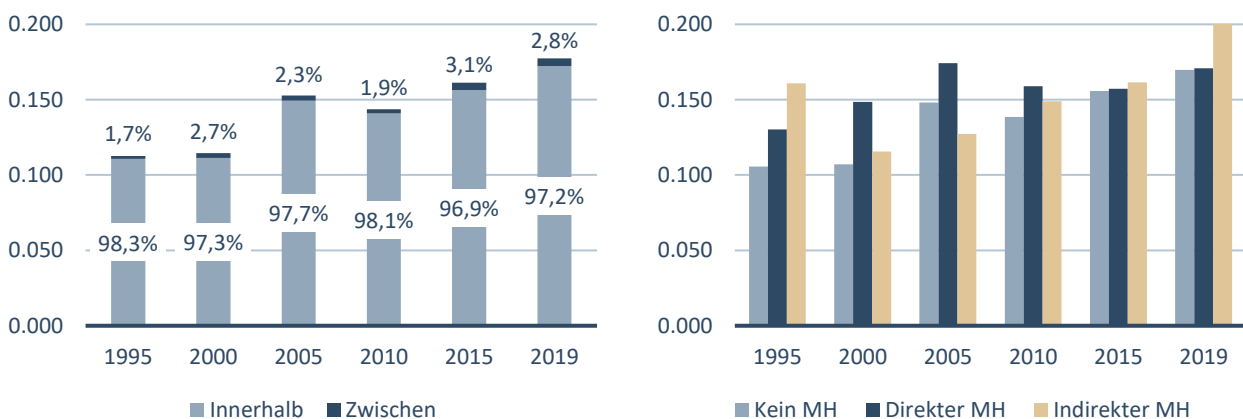
anderen beiden Gruppen endete der Anstieg der Ungleichheit innerhalb der jeweiligen Gruppe Mitte der 2000er Jahre und schwankt seitdem zwischen 0,110 bis 0,130 Teil-Indexpunkten.

1.2 Migrationshintergrund

Im Jahr 2019 besaßen laut Ergebnissen des Mikrozensus rund 21 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund im weiteren Sinne – hierbei werden alle Informationen über den Migrationshintergrund der Eltern genutzt, auch wenn diese nicht mehr im gleichen Haushalt leben. Das ist jede vierte in Deutschland lebende Person, und das sind rund sechs Millionen Menschen mehr als noch im Jahr 2009 (Destatis, 2022b). Neben regionalen Unterschieden bestehen dabei erhebliche Unterschiede je nach Altersgruppe mit deutlich höheren Quoten in jüngeren Kohorten und in westdeutschen Großstädten (Bpb, 2022). Im Gegensatz zum Bildungsniveau erklären migrationsbedingte Unterschiede im Durchschnittseinkommen jedoch einen deutlich kleineren Anteil an der gesamten Nettoeinkommensungleichheit in jedem der betrachteten Jahre (Abbildung 1-2). Auch ist kein eindeutiger langfristiger Trend zu beobachten; vielmehr schwankt der Erklärungsanteil der Unterschiede zwischen den Gruppen mit unterschiedlichen Phasen der Zuwanderung nach Deutschland: Gingen im Jahr 1995 rund 1,7 Prozent der Nettoeinkommensungleichheit auf Einkommensunterschiede zwischen den Gruppen zurück, waren es im Jahr 2015 auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 3,1 Prozent. Bis 2019 sanken die gruppenspezifischen Unterschiede mit zurückgehender Nettozuwanderung und längerer Verweildauer der neu Hinzugewanderten jedoch wieder leicht, was für einen integrativen Prozess in Arbeitsmarkt und Gesellschaft stehen mag.

Abbildung 1-2: Einkommensungleichheit nach Migrationshintergrund (MH) für ausgewählte Jahre

Theil-Index. Bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen in Preisen von 2015 (neue OECD-Skala)



Anmerkung: Zur Zerlegung wurde das STATA ado-file ineqdeco verwendet (Jenkins, 1999).

Quellen: SOEP, v37; eigene Berechnungen

Mit Blick auf die gruppenspezifische Ungleichverteilung der Nettoeinkommen zeigen sich aber auch hier einige klare Niveauunterschiede und -veränderungen über die Zeit: Während sich das Ungleichheitsniveau für Personen mit einem direkten Migrationshintergrund (selbst zugewandert) und ohne einen solchen (Eltern zugewandert) sehr ähnlich zum Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung entwickelte, reduzierte sich die Einkommensspreizung in der Gruppe der Personen mit indirektem Migrationshintergrund zunächst zwischen 1995 und 2000, um seitdem kontinuierlich anzuwachsen. Im Jahr 2019 war die Nettoeinkommensungleichheit in der Gruppe der Personen mit einem indirekten Migrationshintergrund am höchsten. Wesentliche Ursache dafür dürften größere Unterschiede im Bildungsniveau sein. So fällt der Anteil von Personen mit einem

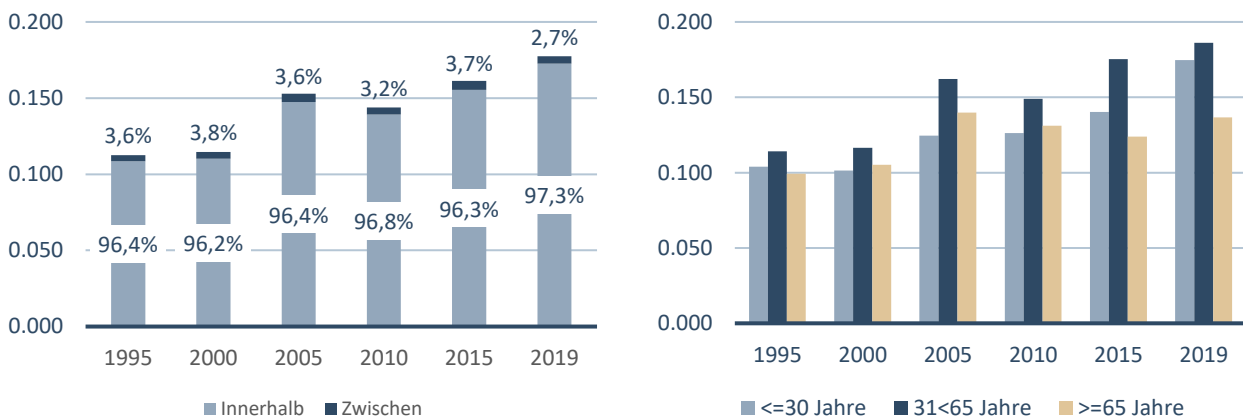
geringen Bildungsniveau in der Gruppe der Personen mit einem Migrationshintergrund überdurchschnittlich hoch aus und ist in den letzten Jahren nahezu unverändert groß geblieben. Gleichzeitig liegt der Anteil von Personen mit einem indirekten Migrationshintergrund und einem höheren Bildungsniveau nur wenige Prozentpunkte unterhalb der entsprechenden Quote von Personen ohne Migrationshintergrund und ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Kleiner geworden ist demzufolge der Anteil von Personen mit einem indirekten Migrationshintergrund und einer mittleren Qualifikation (BMAS, 2022).

1.3 Altersstruktur

Der Einfluss der alternden deutschen Gesellschaft auf die Nettoeinkommensverteilung ist ähnlich stark ausgeprägt wie der zuvor beschriebene Einfluss des veränderten Bevölkerungsanteils mit Migrationshintergrund (Abbildung 1-3). Zwar liegt das heutige Niveau der Nettoeinkommensungleichheit auch hier in allen Altersgruppen höher als noch in den 1990er Jahren. Dies geht jedoch vornehmlich auf Veränderungen der Einkommensverteilung innerhalb der einzelnen Altersgruppen zurück und hat weniger mit veränderten Unterschieden in den gruppenspezifischen Durchschnittseinkommen zu tun. Etwas weniger als 4 Prozent der Nettoeinkommensungleichheit lassen sich in den einzelnen Jahren durch Einkommensunterschiede zwischen den Altersgruppen erklären. Im Jahr 2019 waren es mit rund 2,7 Prozent sogar noch weniger als in den betrachteten Vorjahren. Ein klarer Aufwärts- oder Abwärtstrend ist über die Jahre nicht erkennbar. Dabei fällt die Nettoeinkommensverteilung unter den 31- bis unter 65-Jährigen durchweg am ungleichmäßigsten aus, während sie sich in der Altersgruppe der über 65-Jährigen in den meisten Jahren und vor allem zuletzt am gleichmäßigsten darstellt. Bemerkenswert ist aber auch der nahezu stetige Anstieg der Ungleichverteilung innerhalb der Gruppe der unter 30-Jährigen seit dem Jahr 2000, sodass im Jahr 2019 beinahe ein ähnliches Ungleichheitsniveau wie in der Gruppe der 31- bis unter 65-Jährigen erreicht wird.

Abbildung 1-3: Einkommensungleichheit nach Altersgruppen für ausgewählte Jahre

Theil-Index. Bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen in Preisen von 2015 (neue OECD-Skala)



Anmerkung: Zur Zerlegung wurde das STATA ado-file ineqdeco verwendet (Jenkins, 1999).

Quellen: SOEP, v37; eigene Berechnungen

Wie sich ein weiterer Anstieg des Bevölkerungsanteils der über 65-Jährigen auf die zukünftige Nettoeinkommensungleichheit auswirken wird, ist angesichts des bevorstehenden Eintritts der geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand in den kommenden Jahrzehnten nur schwer abschätzbar. Dies hängt einerseits von der Höhe der durchschnittlichen Renteneinkünfte der künftigen Rentner ab, aber ebenso von anderen Einkommensquellen (private Vorsorge), Veränderungen in der Langlebigkeit sowie der Haushaltsgröße und

-zusammensetzung. Andererseits spielt die zukünftige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt eine Rolle. Durch ein knapper werdendes Arbeitsangebot könnten die Durchschnittslöhne stärker ansteigen als in den vergangenen Jahren und somit die Lücke zwischen Erwerbs- und Renteneinkünften steigen. Aber auch hier spielen Faktoren wie die Haushaltsgröße oder die Entwicklung anderer Einkunftsarten eine Rolle. Zudem wird ein Auseinanderdriften von Erwerbs- und Renteneinkünften durch die Konstruktion der Rentenformel abgeschwächt, nach der die Höhe der Bruttorenten unter anderem an die Bruttolohnentwicklung gekoppelt ist. Bis zum Jahr 2025 sorgen zusätzlich eingezogene Haltelinien in Bezug auf das Rentenniveau ebenfalls dafür, dass sich die Unterschiede zwischen Erwerbs- und Renteneinkommen nicht zu stark erhöhen. Zu welcher Entwicklung es letztlich kommen wird, hängt davon ab, welche Effekte am Ende dominieren werden, und welche rentenpolitischen Entscheidungen in Zukunft noch getroffen werden.

1.4 Zwischenfazit

Insgesamt zeigt die Zerlegung der jährlichen Nettoeinkommensungleichheit in Unterschiede innerhalb und zwischen spezifischen gesellschaftlichen Gruppen, dass die drei untersuchten Faktoren Bildung, Migrationshintergrund und Alter nur einen kleinen Teil der gesamten Nettoeinkommensungleichheit erklären. Der größte Teil der Ungleichheit besteht innerhalb der Gruppen und wird von anderen Faktoren bestimmt. Unabhängig davon geht der größte Effekt von Einkommensunterschieden zwischen verschiedenen Bildungsgruppen aus. Diese erklärten im Jahr 2019 rund 12 Prozent der gesamten Nettoeinkommensungleichheit und damit drei Prozentpunkte mehr als noch 1995. In Phasen verstärkter Nettozuwanderung nach Deutschland ist darüber hinaus ebenfalls ein Anstieg der Einkommensunterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund feststellbar, der sich in Phasen des Rückgangs der Nettozuwanderung aber auch immer wieder reduzierte und für einen erfolgreichen integrativen Prozess stehen dürfte. Vergleichbar starke Effekte gehen von Unterschieden im Durchschnittseinkommen zwischen verschiedenen Altersgruppen aus, die zuletzt rund drei Prozent der Nettoeinkommensungleichheit erklärten.

Allerdings wohnt der Analyse nach Altersgruppen unter Verwendung der Haushaltsnettoeinkommen ein verzerrender Effekt inne, der sich daraus ergibt, dass Personen unterschiedlichen Alters gemeinsam in einem Haushalt leben können, gemeinsam wirtschaften und ein gemeinsames Haushaltsnettoeinkommen erzielen. Dennoch könnte die Zunahme des Anteils der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung unter Fortsetzung früherer Trends und unter bestimmten Annahmen einen dämpfenden Effekt auf die Nettoeinkommensungleichheit ausüben, da die Verteilung innerhalb der Gruppe am aktuellen Rand deutlich gleichmäßiger ist als in jüngeren Altersgruppen. Eine weiter voranschreitende Akademisierung und eine erneut zunehmende Nettozuwanderung könnten hingegen zu einer strukturellen Zunahme der Nettoeinkommensungleichheit führen.

2 Verteilungskennziffern im Zeitverlauf

Im zweiten Teil des Verteilungsreports wird eine Reihe zentraler Indikatoren zur Beschreibung der Entwicklung der Einkommensverteilung für unterschiedliche Einkommenskonzepte und räumliche Abgrenzungen präsentiert. Diese werden in Fortführung der letzten beiden Verteilungsberichte (Stockhausen/Maiworm, 2021; Stockhausen/Calderón, 2020) um das Einkommensjahr 2019 aktualisiert und basieren – wie die Ergebnisse des Schwerpunktthemas – auf den Befragungsdaten des SOEP.

2.1 Markteinkommen

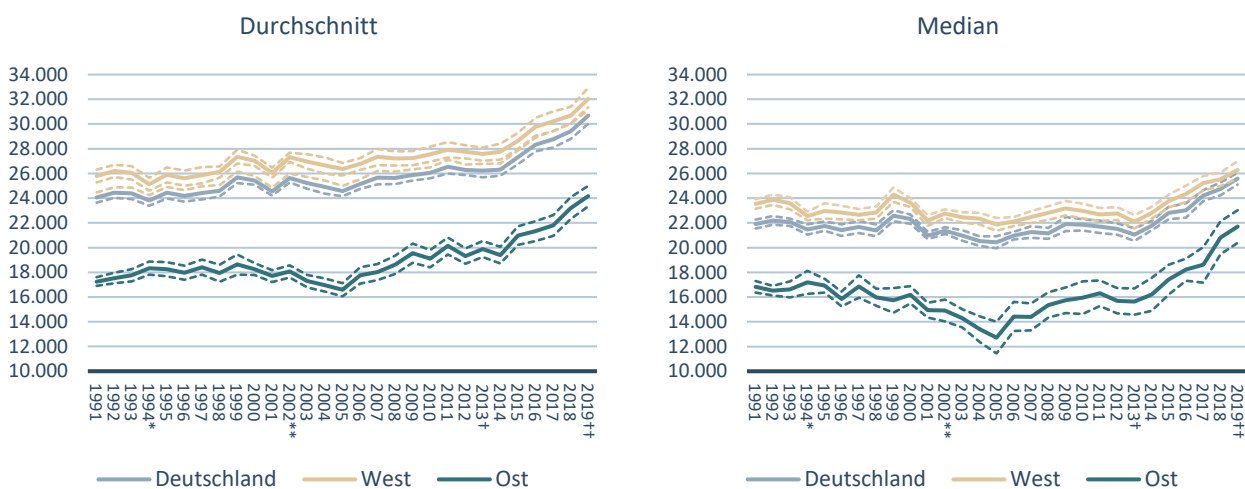
Die Betrachtung beginnt mit der Entwicklung der Markteinkommen der Haushalte, die sich als Summe der Erwerbseinkommen aus abhängiger und selbständiger Arbeit aller Haushaltsmitglieder zusammensetzen und zudem Kapitalerträge wie Zinsen, Dividenden oder Veräußerungsgewinne enthalten. Sie umfassen ebenfalls Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sowie private Transferzahlungen wie Unterhaltszahlungen. Öffentliche Transferzahlungen einschließlich gesetzlicher Renten oder Pensionen sowie Steuern und Abgaben werden dagegen nicht berücksichtigt. Dies ist ein wichtiger Punkt, da Haushalte von Rentnern und Pensionären aufgrund anderer Markteinkommensquellen bei der Analyse eingeschlossen sind, aber ihre meist wichtigste Einkommensquelle fehlt. Die in den Abbildungen dargestellten 95-Prozent-Konfidenzintervalle (KI) besagen, dass der wahre Wert der jeweils zugrundeliegenden Kennzahl mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent von dem geschätzten Konfidenzintervall überdeckt wird. Erst wenn sich die Konfidenzintervalle zweier geschätzter Kennzahlen für zwei unterschiedliche Zeitpunkte nicht mehr überlappen, gilt dies mithin als hinreichendes Kriterium für eine statistisch signifikante Veränderung des zugrundeliegenden Werts.

2.1.1 Durchschnitt und Median

In Abbildung 2-1 zeigt sich, dass der positive Wachstumstrend in den Markteinkommen auch im letzten Jahr vor Ausbruch der Corona-Pandemie seine Fortsetzung fand. Im Bundesdurchschnitt stiegen die bedarfsgewichteten Markteinkommen in Preisen von 2015 auf einen Wert von rund 30.700 Euro im Jahr 2019. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem realen Plus von rund 4,3 Prozent. Die durchschnittlichen Wachstumsraten in Ost- und Westdeutschland sind in diesem Fall nahezu identisch. Allerdings zeigt sich mit Blick auf die mittleren Markteinkommen (Median), die auf Bundesebene allein zwischen 2015 und 2019 von jährlich 22.800 Euro auf 25.585 Euro stiegen, ein deutlicher Aufholprozess im Osten gegenüber dem Westen in den letzten Jahren.

Abbildung 2-1: Durchschnittliche und mittlere Markteinkommen

In Euro. Bedarfsgewichtete Haushaltmarkteinkommen in Preisen von 2015 (neue OECD-Skala). Gestrichelte Linien stellen das 95-Prozent-Konfidenzintervall dar (Bootstrap-Verfahren, n=200)



Anmerkungen: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); † Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011); †† Integration von Subsample P (Hochvermögenstichprobe).

Quellen: SOEP, v37; eigene Berechnungen

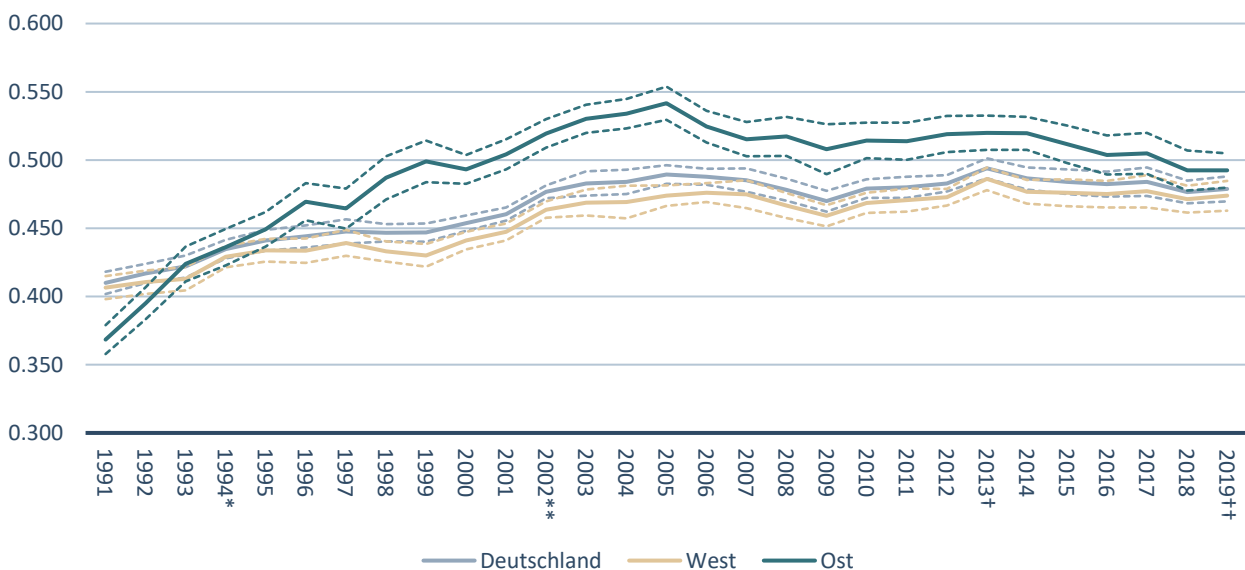
Nach einem bereits deutlichen Anstieg von 2015 zu 2018 um rund 19,5 Prozent im Osten (Westen +7,5 Prozent) stieg der Median dort zwischen 2018 und 2019 mit rund 4,3 Prozent nochmals stärker als im Westen mit rund 2,9 Prozent. Das mittlere reale Markteinkommen lag damit zuletzt im Westen bei rund 26.300 Euro und im Osten bei 21.700 Euro. Trotz dieser positiven Entwicklungen liegen die durchschnittlichen und mittleren Markteinkommen in Ostdeutschland weiterhin deutlich unterhalb des westdeutschen Niveaus. Zudem ist davon auszugehen, dass die Corona-Pandemie (Beznoska et al., 2020) und die aktuellen ökonomischen Verwerfungen in Folge des Kriegs in der Ukraine die positive Einkommensentwicklung vorläufig gestoppt haben. Inwieweit eine Rückkehr auf den alten Wachstumspfad möglich ist, kann derzeit noch nicht abschließend beurteilt werden. Die jüngste Eskalation und eine daraus notwendig gewordene Umgestaltung der Energieversorgung mit deutlich höheren Preisen für Unternehmen und Privathaushalte reduziert die Wahrscheinlichkeit dafür jedoch sehr stark.

2.1.2 Gini-Koeffizient

Mit dem starken und relativ gleichmäßigen Einkommenswachstum vor 2019 geht ein weitestgehend stabiles Niveau der Verteilung der bedarfsgewichteten Haushaltsmarkteinkommen einher, das um das Niveau des Jahres 2005 schwankt (Abbildung 2-2). Demgegenüber ist die Markteinkommensungleichheit in Ostdeutschland seit ihrem Höhepunkt im Jahr 2005 statistisch signifikant zurückgegangen und liegt mit einem Gini-Koeffizienten von 0,492 wieder auf dem Niveau von Ende der 1990er Jahre. Allerdings wirkt sich der Rückgang der Markteinkommensungleichheit aufgrund des relativ geringen Bevölkerungsanteils der Ostdeutschen nur schwach auf den gesamtdeutschen Wert des Gini aus. Dennoch kann mit Blick auf die letzten Jahre vor Ausbruch der Corona-Pandemie festgestellt werden, dass die Ungleichheit in den Markteinkommen in Westdeutschland insgesamt stabil geblieben und in Ostdeutschland zurückgegangen ist.

Abbildung 2-2: Verteilung der Markteinkommen

Gini-Koeffizient. Bedarfsgewichtete Haushaltsmarkteinkommen in Preisen von 2015 (neue OECD-Skala). Gestrichelte Linien stellen das 95-Prozent-Konfidenzintervall dar (Bootstrap-Verfahren, n=200)



Anmerkungen: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); † Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011); †† Integration von Subsample P (Hochvermögendenstichprobe).

Quellen: SOEP, v37; eigene Berechnungen

Auch an dieser Stelle bleiben die konkreten Folgen der Krisen auf die Verteilung der Markteinkommen ab 2020 unklar. Schätzungen zufolge ist davon auszugehen, dass die Corona-Pandemie zu einem Anstieg der Ungleichheit in den Markteinkommen geführt hat, da verschiedene Beschäftigungsgruppen unterschiedlich stark betroffen waren (Beznoska et al., 2020; Bruckmeier et al., 2021). Besonders Selbständige, aber auch Industriebeschäftigte sowie Mini-Jobber zählen zu diesen Gruppen (Kritikos et al., 2020; Schroeder et al., 2020). Im Gegensatz dazu dürften die aktuell hohen Preissteigerungen *ceteris paribus* den Grad der Einkommensungleichheit bei unveränderter Methodik zur Ungleichheitsmessung nicht unmittelbar verändern, da für alle Haushalte und Personen konventionell die durchschnittliche Inflationsrate angewendet wird und sich relative Ungleichheitsmaße wie der Gini-Koeffizient bei einer Division aller Einkommen mit dem gleichen Faktor nicht verändern (Cowell, 2015).

2.2 Nettoeinkommen

Die alleinige Betrachtung der Markteinkommen sagt jedoch wenig darüber aus, welches Einkommen den Haushalten tatsächlich zur Verfügung steht. Der Staat greift in das Marktergebnis umverteilend ein und sorgt für einen sozialen Ausgleich zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. So sorgt er beispielsweise mithilfe des Sozialversicherungssystems für die Absicherung verschiedener Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Pflegebedürftigkeit. Über den notwendigen Umfang dieser staatlichen Absicherung kann trefflich gestritten werden, jedoch nicht über den Grundgedanken an sich. Deshalb rückt im Folgenden die Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen in den Fokus, die maßgeblich über die Konsum- und Teilhabemöglichkeiten der Menschen in marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften entscheiden.

2.2.1 Durchschnitt und Median

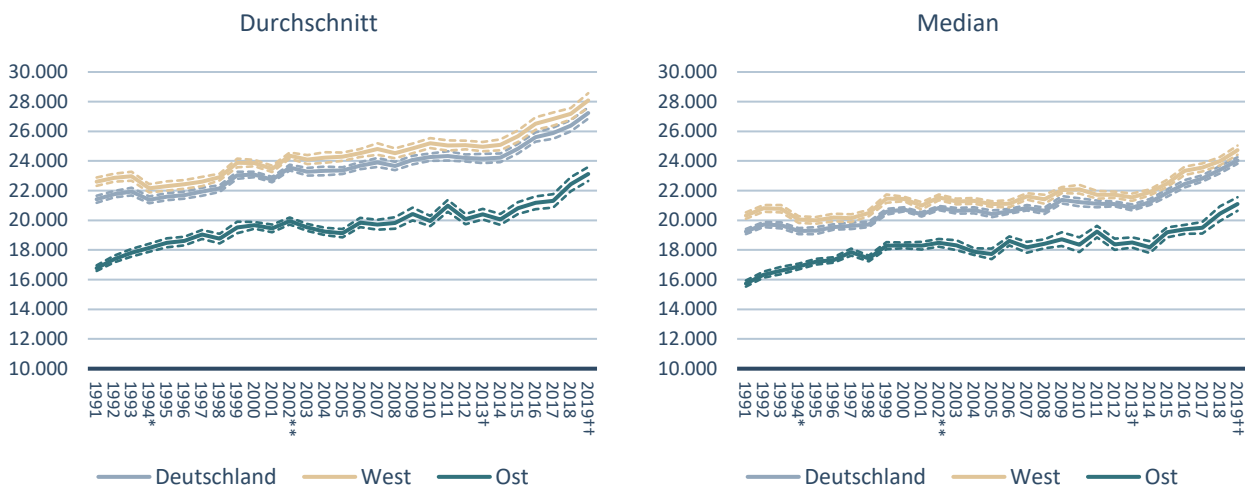
Der positive Wachstumstrend der Vorjahre hat sich auch 2019 in einem beachtlichen Anstieg der realen Nettoeinkommen fortgesetzt (Abbildung 2-3). Im Vergleich zum Vorjahr stieg das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen im Bundesdurchschnitt von rund 26.400 Euro auf 27.230 Euro (in Preisen von 2015). Das mittlere Nettoeinkommen erhöhte sich real um rund 600 Euro von 23.400 Euro auf 24.000 Euro. Bemerkenswert ist, dass sowohl das durchschnittliche als auch das mittlere Nettoeinkommen in Ostdeutschland erst jetzt, das heißt knapp 30 Jahre nach der Wiedervereinigung zum ersten Mal das westdeutsche Niveau aus den 1990er Jahren erreicht und 2019 deutlich übertrifft. Anders als bei den zuvor betrachteten Markteinkommen zeichnet sich an dieser Stelle jedoch keine weitere Konvergenz der verfügbaren Haushaltseinkommen zwischen Ost und West ab. Im Durchschnitt erreichen die Ostdeutschen 82 Prozent des westdeutschen Nettoeinkommensniveaus.

Aufgrund der zahlreichen staatlichen Hilfsmaßnahmen während der Corona-Pandemie sowie der aktuellen Hilfen zur Bewältigung der ökonomischen Folgen des Kriegs in der Ukraine sind verlässliche Aussagen über die aktuelle Entwicklung der verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen noch nicht möglich. Allerdings deuten Ergebnisse erster (Simulations)Studien für die Corona-Pandemie darauf hin, dass ähnlich zu den Markteinkommen auch die Haushaltsnettoeinkommen im Durchschnitt gesunken sein dürften, wenngleich weniger stark als die Markteinkommen (Beznoska et al., 2020; Bruckmeier et al., 2021). Mit Blick auf das aktuelle Jahr ist die Prognose noch schwieriger und die Datenlage unzureichend. So hat sich der Arbeitsmarkt nach 2020/21 spürbar erholt und zeigt sich auch im Jahr 2022 (noch) robust. Die Einkommenseite der Haushalte dürfte dadurch weniger volatil sein als in der Corona-Pandemie. In welcher Form sich der erhöhte Preisdruck auf der Ausgabenseite in höheren Lohnforderungen und letztlich den verfügbaren Einkommen der Haushalte

– ergänzt um finanzielle Hilfen aus den drei Entlastungspaketen – darstellen wird, und welche heterogenen Effekte damit verbunden sein werden, bleibt momentan schwer abzusehen.

Abbildung 2-3: Durchschnittliche und mittlere Nettoeinkommen

In Euro. Bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen in Preisen von 2015 (neue OECD-Skala). Gestrichelte Linien stellen das 95-Prozent-Konfidenzintervall dar (Bootstrap-Verfahren, n=200)



Anmerkungen: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); † Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011); †† Integration von Subsample P (Hochvermögendenstichprobe).

Quellen: SOEP, v37; eigene Berechnungen

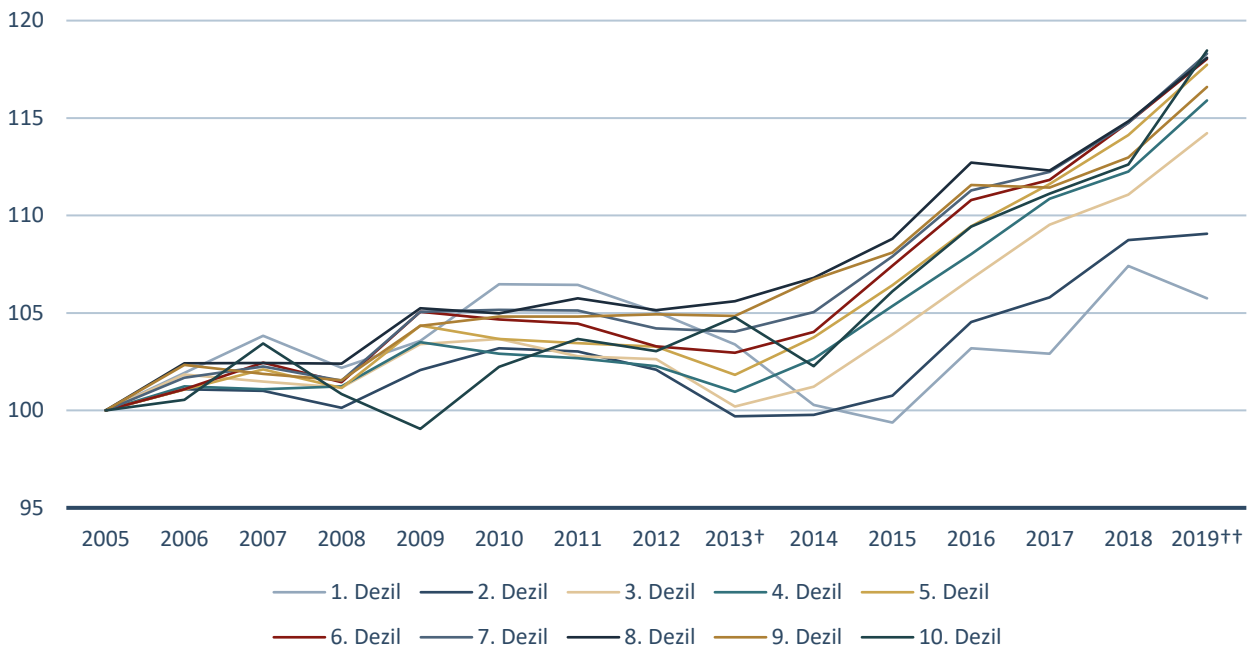
2.2.2 Dezildurchschnitte

Bei einer Aufteilung der aufsteigend sortierten bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen in zehn gleich große Einkommensgruppen (Dezile) zeigt sich, dass alle Einkommensgruppen nach 2015 von einem deutlichen Realeinkommenszuwachs profitiert haben (Abbildung 2-4). Lediglich bei den unteren 10 Prozent (1. Dezil) ergibt sich von 2018 zu 2019 ein geringeres Durchschnittseinkommen, das jedoch immer noch gut 6 Prozentpunkte über dem Niveau von 2015 liegt. Und auch bei den nächsten 10 Prozent (2. Dezil) ist der Einkommensanstieg im Gegensatz zu allen anderen Gruppen zuletzt etwas weniger stark ausgefallen. Erklärungen für diese unerwartete Entwicklung lassen sich nur schwer in den realwirtschaftlichen Entwicklungen des Jahres 2019 finden. Es ist nicht auszuschließen, dass beispielsweise Probleme bei der Datenerhebung im Corona-Pandemiejahr im Niedrigeinkommensbereich die Ergebnisse leicht verzerrt haben könnten. Letzteres muss nicht ausschließlich auf diesen Bereich beschränkt gewesen sein.

Auch der Mikrozensus berichtet von erheblichen Datenerhebungsproblemen im Jahr 2020 und teilweise auch noch im Jahr 2021, die sich beispielsweise in einer Ausfallquote in den Endergebnissen von über 30 Prozent trotz Teilnahmeverpflichtung niederschlägt. Die Ergebnisse des Mikrozensus aus dem Jahr 2020 sind aus diesen und anderen Gründen (weitere Umstellungen in der Erhebungsmethodik) daher ausdrücklich nur sehr eingeschränkt mit den Vorjahren und dem Folgejahr 2021 vergleichbar ([siehe auch die Sonderseite des Mikrozensus](#)). Daher werden die Daten des Mikrozensus in diesem Verteilungsreport auch nicht für die Bewertung der Verteilungseffekte der Corona-Pandemie verwendet.

Abbildung 2-4: Durchschnittliche Nettoeinkommen nach Dezilen

Index: 2005 = 100. Bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen in Preisen von 2015 (neue OECD-Skala)



Anmerkungen: † Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011); ++ Integration von Subsample P (Hochvermögendenstichprobe).

Quellen: SOEP, v37; eigene Berechnungen

2.2.3 Gini-Koeffizient

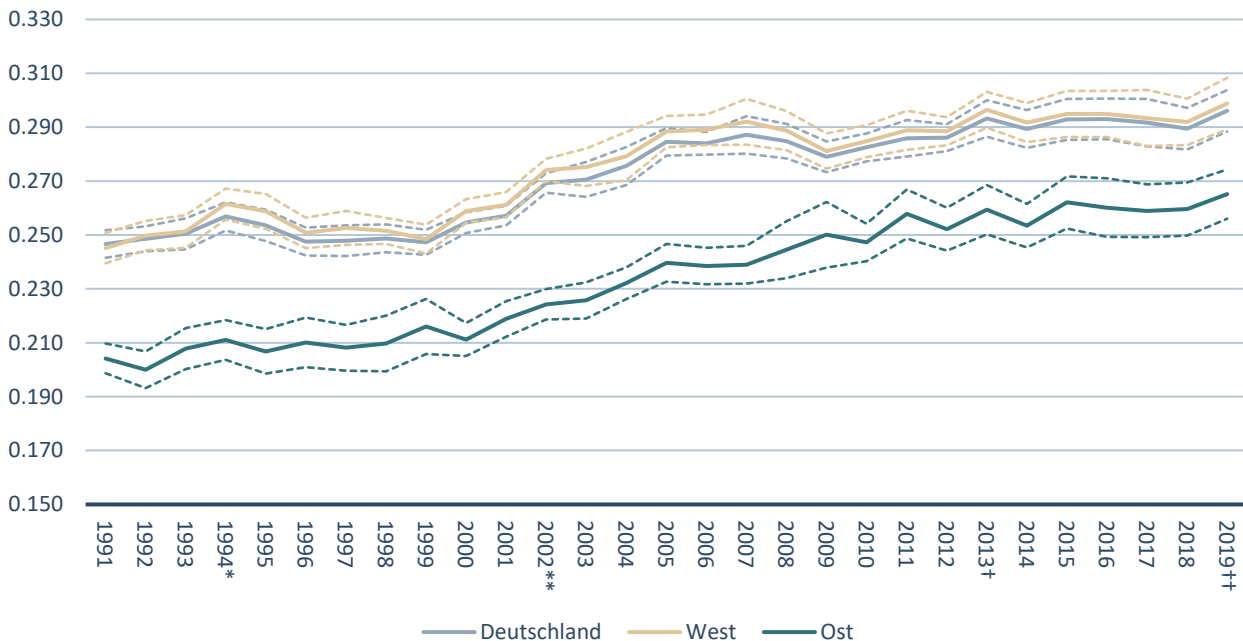
Die (relative) Wachstumsschwäche in den Nettoeinkommen der unteren 20 Prozent lässt folglich auch das Niveau des Gini-Koeffizienten im Jahr 2019 gegenüber den Vorjahren leicht ansteigen (Abbildung 2-5). Nach 0,292 und 0,289 Gini-Indexpunkten in den Jahren 2017 und 2018 lag der Gini-Index zuletzt bei 0,296 Punkten. Wie die Betrachtung der 95-Prozent-Konfidenzintervalle jedoch zeigt, handelt es sich um keine statistisch signifikante Veränderung. Grundsätzlich gilt, dass kurzfristige Änderungen einer Kennzahl wie dem Gini aufgrund statistischer Unsicherheiten in stichprobenbasierten Datenerhebungen wie dem SOEP nicht überinterpretiert werden sollten. Auch kann es rückwirkend zu Korrekturen oder verbesserten Schätzungen fehlender Werte in nachfolgenden Datendistributionen kommen, die zu Veränderungen der Kennzahlen am aktuellen Rand führen können.

Darüber hinaus gilt weiterhin, dass sich das Niveau der Nettoeinkommensungleichheit gegenüber dem Jahr 2005 nicht statistisch signifikant verändert hat und nebst kleineren Schwankungen weitestgehend stabil ist. Anders als bei den Markteinkommen könnte sich die Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen in der Corona-Pandemie tendenziell leicht verringert haben, da die sozialen Ausgleichsmaßnahmen die negativen Wirkungen auf die Markteinkommen abgefedert haben (Beznoska et al., 2020; Bruckmeier et al., 2021). Auch Ergebnisse in Grabka (2021) weisen auf der Grundlage monatlicher Nettohaushaltseinkommen eher auf einen dämpfenden Effekt der Corona-Pandemie auf die Nettoeinkommensungleichheit hin. Abschließende Aussagen werden sich jedoch erst im kommenden Jahr treffen lassen, wenn ein vollständiger Befragungsdatensatz mit Jahreseinkommensinformationen für 2020 vorliegt. Darüber hinaus zeigen sich bis zum Jahr 2019 keine bemerkenswerten Unterschiede im Verlauf der Nettoeinkommensungleichheit zwischen Ost- und

Westdeutschland. Dabei gilt weiterhin, dass die Nettoeinkommen in Ostdeutschland gleichmäßiger verteilt sind als im Westen.

Abbildung 2-5: Verteilung der Nettoeinkommen

Gini-Koeffizient. Bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen in Preisen von 2015 (neue OECD-Skala). Gestrichelte Linien stellen das 95-Prozent-Konfidenzintervall dar (Bootstrap-Verfahren, n=200)



Anmerkungen: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); † Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011); †† Integration von Subsample P (Hochvermögendenstichprobe).

Quellen: SOEP, v37; eigene Berechnungen

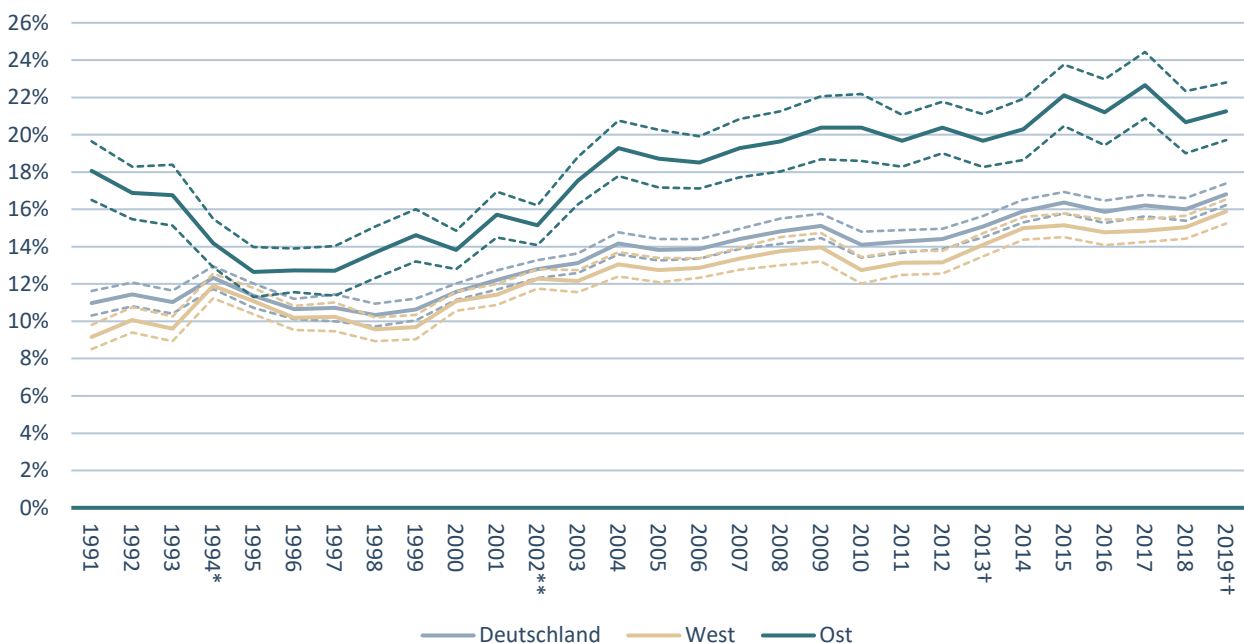
2.2.4 Niedrigeinkommensquote (Armutgefährdungsquote)

Ähnlich zur Entwicklung der Nettoeinkommensungleichheit zeigt sich auch in der Niedrigeinkommensquote ein leichter, aber statistisch nicht signifikanter Anstieg zwischen 2018 und 2019 (Abbildung 2-6). Damit bezogen gemäß SOEP-Daten zuletzt rund 16,8 Prozent der Bevölkerung ein bedarfsgewichtetes Nettoeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medians. Die monatliche Niedrigeinkommensschwelle stieg dabei in Preisen von 2015 um rund 32 Euro, und zwar von 1.170 Euro im Jahr 2018 auf 1.202 Euro im Jahr 2019 (die nominellen Werte des jeweiligen Jahres fallen mit rund 1.215 Euro und 1.266 Euro höher aus). Angesichts dieses und der vorherigen Ergebnisse kann aus der erhöhten Niedrigeinkommensquote somit nicht abgeleitet werden, dass „die Armen immer ärmer werden“ (siehe auch Niehues/Stockhausen, 2022, 33 ff.). Bei bundeseinheitlichem Schwellenwert fällt die Niedrigeinkommensquote angesichts der im Durchschnitt geringeren Nettoeinkommen in Ostdeutschland mit rund 21,2 Prozent höher aus als im Westen. Dort lag sie zuletzt bei ungefähr 15,9 Prozent. Der jüngste Anstieg nach 2010 geht dabei zu einem nicht unwesentlichen Teil auf einen Zuzug von Personen mit Migrationshintergrund zurück, die zunächst aus Osteuropa und später aus dem Nahen Osten und Nordafrika nach Deutschland kamen. Wie ausführlicher in Stockhausen/Calderón (2020, Abbildung 3-8, 25) gezeigt wurde, liegt die Niedrigeinkommensquote für Menschen mit einem direkten Migrationshintergrund seit 1991 deutlich über der Quote von Personen ohne Migrationshintergrund. Im Jahr 2019 lag der Anteil von Niedrigeinkommensbeziehern mit einem direkten (indirekten) Migrationshintergrund bei rund 31

Prozent (29,5 Prozent) und unter Personen ohne Migrationshintergrund bei knapp unter 13 Prozent. Für Personen ohne Migrationshintergrund hat sich die Niedrigeinkommensquote zwischen 2005 und 2019 nahezu nicht mehr verändert, während sie für die anderen beiden Gruppen gestiegen ist (siehe auch Grabka/Goebel, 2020). Der Anstieg der Niedrigeinkommensquote in den vergangenen Jahren geht somit im Wesentlichen von Veränderungen unter Personen mit Migrationshintergrund aus, von denen viele in den letzten Jahren mit geringen materiellen Ressourcen auf der Suche nach Zuflucht und Sicherheit nach Deutschland kamen und/oder gute Arbeitsmarktchancen und Aufstiegschancen in Deutschland für sich vermuteten. Ein Gerechtigkeitsdefizit stellt dies jedoch nicht per se dar, auch wenn teilweise ein solcher Eindruck in der öffentlichen Diskussion entstehen kann.

Abbildung 2-6: Niedrigeinkommensquote

Bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen in Preisen von 2015 (neue OECD-Skala). Gestrichelte Linien stellen das 95-Prozent-Konfidenzintervall dar (Bootstrap-Verfahren, n=200)



Anmerkungen: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); † Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011); †† Integration von Subsample P (Hochvermögendenstichprobe).

Quellen: SOEP, v37; eigene Berechnungen

3 Fazit

Auch wenn die kurzfristigen Verteilungseffekte der Corona-Pandemie und der aktuellen Preissteigerungen mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsbefragungsdaten noch nicht abgebildet werden können, so sind die langfristigen strukturellen Veränderungen durch Akademisierung, demografischen Wandel und einer erhöhten Zuwanderung nicht minder bedeutsam für die Verteilung der Einkommen in Deutschland. Durch Zerlegung der Nettoeinkommensungleichheit eines Jahres in Unterschiede zwischen und innerhalb spezifischer Gruppen konnte gezeigt werden, dass ein besonders großer Verteilungseffekt mit einem durchschnittlich höheren Bildungsniveau der Bevölkerung verbunden ist. Allein durch die Unterschiede in den

durchschnittlichen Nettoeinkommen verschiedener Bildungsgruppen lassen sich fast 12 Prozent der Nettoeinkommensungleichheit im Jahr 2019 erklären; 1995 waren es noch 9 Prozent. Im Gegensatz dazu erklären migrationsbedingte Unterschiede in den Durchschnittseinkommen zuletzt nur 3 Prozent der gesamten Nettoeinkommensungleichheit – was dem Zuwachs des Bildungseffekts in Prozentpunkten entspricht und damit die Größe der Veränderung verdeutlicht – und variieren mit einer sich verändernden Nettozuwanderung über die Zeit. Allerdings ist auch hier langfristig eher eine Erhöhung der migrationsbedingten Nettoeinkommensungleichheit zu beobachten. In dieses Bild fügt sich die deutlich höhere Niedrigeinkommensquote von Menschen mit Migrationshintergrund ein, die zu einem wesentlichen Teil mit durchschnittlich geringeren Bildungsabschlüssen zusammenhängen dürfte. Trotz eines gestiegenen Anteils der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung zeigt sich an dieser Stelle keine bemerkenswerte Veränderung des Erklärungsgehalts altersbedingter Einkommensunterschiede über die Zeit: Etwas weniger als 3 Prozent der Nettoeinkommensungleichheit im Jahr 2019 gingen auf Unterschiede im Durchschnittseinkommen verschiedener Altersgruppen zurück. In früheren Jahren lag der Erklärungsgehalt mit 3 Prozent bis 4 Prozent sogar noch etwas höher. Ob sich dieser Trend auch mit zunehmendem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand in ähnlicher Weise fortsetzen wird, ist fraglich und hängt von unterschiedlichen Faktoren auf dem Arbeitsmarkt sowie rentenpolitischen Entscheidungen der Zukunft ab.

Darüber hinaus zeigt sich im letzten Jahr vor Ausbruch der Corona-Pandemie eine Fortsetzung des positiven Wachstumstrends in den Einkommen vor und nach Steuern, Abgaben und Transfers und ein nahezu unverändertes Ungleichheitsniveau. Bemerkenswert ist, dass sowohl das durchschnittliche als auch das mittlere reale Nettoeinkommensniveau in Ostdeutschland erst 30 Jahre nach der Wiedervereinigung das westdeutsche Niveau aus den 1990er Jahren sicher erreichen und 2019 deutlich übersteigen kann. Gleichzeitig ist die Verteilung der Markteinkommen in Ostdeutschland seit dem Jahr 2005 deutlich gleichmäßiger geworden und hat sich seither dem westdeutschen Niveau beinahe vollständig angenähert. Diese positiven Entwicklungen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen zwischen Ost und West zuletzt nicht weiter konvergiert sind und in Ostdeutschland bei knapp über 80 Prozent des westdeutschen Niveaus verharren. Angesichts der negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie und der aktuellen Preissteigerungen dürfte sich die Lücke zwischen Ost und West in den zurückliegenden beiden Jahren ebenfalls nicht wesentlich verkleinert haben. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist der Ost-West-Vergleich in den deskriptiven Analysen damit fest etabliert, hat aber verdrängt, dass auch in Westdeutschland zum Teil größere regionale Unterschiede in den realen Haushaltsnettoeinkommen bestehen können (Hüther et al., 2019). Deshalb soll künftig die alleinige Ost-West-Perspektive überwunden werden, um Einkommensunterschiede unabhängig von der politischen Geschichte zu beschreiben und Handlungsbedarfe für das gesamte Bundesgebiet adressieren zu können.

4 Abstract

Academization, immigration and demographic change are defining issues of our time and influence the distribution of income. This year's report therefore focuses on the question of which long-term structural changes in the net income distribution are associated with a higher average level of education, increased net immigration and a higher share of older fellow citizens in the total population. By decomposing income inequality of a year into differences between and within specific groups, it can be shown that a particularly large structural effect comes from the increased level of education. Average income differences between different educational groups can explain nearly 12 percent of total net income inequality in 2019. In 1995, the figure was 9 percent. Nonetheless, much of the income inequality continues to be explained by differences within each group. In contrast, average income differences explained by immigrant background are smaller and fluctuate over time. Most recently, they explained about 3 percent of overall net income inequality, compared with less than 2 percent in 1995. Despite an increased share of the population over age 65, there is no clear change in the explanatory power of age-related income inequality: slightly less than 3 percent of overall net income inequality in 2019 was due to average income differences between age groups. In earlier years, the same share was between 3 percent and 4 percent. Given these results, and in combination with changes in net income inequality within each age group, the increase in the share of the population aged 65 and older could have a rather dampening effect on net income inequality in the future under certain assumptions, as the inequality distribution within this group is smaller than in younger age groups. In contrast, further progress in academization and a renewed increase in net immigration could lead to a structural increase in net income inequality in the future. At present, however, the only certainty is that the last year before the outbreak of the Corona pandemic still showed a continuation of the positive growth trend of previous years, and that at an almost unchanged level of inequality.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1-1: Einkommensungleichheit nach Bildungshintergrund (BH) für ausgewählte Jahre	6
Abbildung 1-2: Einkommensungleichheit nach Migrationshintergrund (MH) für ausgewählte Jahre	7
Abbildung 1-3: Einkommensungleichheit nach Altersgruppen für ausgewählte Jahre	8
Abbildung 2-1: Durchschnittliche und mittlere Markteinkommen	10
Abbildung 2-2: Verteilung der Markteinkommen	11
Abbildung 2-3: Durchschnittliche und mittlere Nettoeinkommen	13
Abbildung 2-4: Durchschnittliche Nettoeinkommen nach Dezilen	14
Abbildung 2-5: Verteilung der Nettoeinkommen.....	15
Abbildung 2-6: Niedrigeinkommensquote	16

Literaturverzeichnis

- Beznoska, Martin / Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2020, Stabil durch die Krise? Verteilungsfolgen der Corona-Pandemie – eine Mikrosimulationsanalyse, IW-Report, Nr. 65, Köln
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2022, Indikatoren zum Armuts- und Reichtumsbericht, [ARB - G09 Bildungsniveau - Bildungsniveau \(armuts-und-reichtumsbericht.de\)](https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de) [27.9.2022]
- Bpb – Bundeszentrale für politische Bildung, 2022, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/150599/bevoelkerung-mit-migrationshintergrund-nach-alter/> [21.9.2022]
- Bruckmeier, Kerstin et al., 2021, Distributional effects of macroeconomic shocks in real-time, in: Journal of Economic Inequality, 19. Jg., Nr. 3, S. 459–487
- Cowell, Frank A., 2015, Measuring inequality, Oxford
- Destatis – Statistisches Bundesamt, 2022a, Studienanfängerquote: Deutschland, Jahre, Geschlecht, in: GENISIS-Online Datenbank, Code: 21381-0003 [21.9.2022]
- Destatis, 2022b, Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/liste-migrationshintergrund-geschlecht.html#116670> [21.9.2022]
- Goebel, Jan et al., 2019, The German Socio-Economic Panel (SOEP), in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 239. Jg., Nr. 2, S. 345–360
- Grabka, Markus M., 2021, Einkommensungleichheit stagniert langfristig, sinkt aber während der Corona-Pandemie leicht, in: DIW Wochenbericht, Nr. 18, S. 307–316
- Grabka, Markus M. / Goebel, Jan, 2020, Realeinkommen steigen, Quote der Niedrigeinkommen sinkt in einzelnen Altersgruppen, in: DIW Wochenbericht, Nr. 18, S. 315–323
- Hüther, Michael / Südekum, Jens / Voigtländer, Michael, 2019, Die Zukunft der Regionen in Deutschland. Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit, IW-Studie, Köln

- Jenkins, Stephen P., 1999, INEQDECO: Stata module to calculate inequality indices with decomposition by subgroup, Statistical Software Components S366002, Boston College Department of Economics, revised 15 Feb 2021
- Kritikos, Alexander S / Graeber, Daniel / Seebauer, Johannes, 2020, Corona-Pandemie wird zur Krise für Selbständige, in: DIW aktuell, Nr. 47, Berlin
- Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2022, Die Mittelschicht im Fokus – Abgrenzung, Entwicklung und Mobilität, in: IW-Trends, 49. Jg., Nr. 2, S. 27-53
- Schroeder, Carsten et al., 2020, Vor dem Covid-19-Virus sind nicht alle Erwerbstätigen gleich, in: DIW aktuell, Nr. 41, Berlin
- SOEP – Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), 2022, Version 37, Daten der Jahre 1984-2020 (SOEP-Core v37, EU-Edition), DOI: 10.5684/soep.core.v37eu
- Stockhausen, Maximilian / Maiworm, Kai, 2021, IW-Verteilungsreport 2021. Wohlstand für alle? Inklusives Einkommenswachstum vor Corona, IW-Report, Nr. 36, Berlin
- Stockhausen, Maximilian / Calderón, Mariano, 2020, IW-Verteilungsreport 2020. Stabile Verhältnisse trotz gewachsener gesellschaftlicher Herausforderungen, IW-Report, Nr. 8, Köln